

II-629 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

24.5.1967

273/A.B.

zu 281/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Unterricht Dr. P i f f l - P e r č e v i ć  
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stella K l e i n - L ö w und  
Genossen,  
betreffend Durchführungsbestimmungen zum Studienbeihilfengesetz.

-.-.-.-.-.-

Die Anfrage Nr. 281/J-NR/67, die die Abgeordneten Dr. Klein-  
Löw und Genossen am 21. April 1967 an mich richteten, beehre ich mich  
wie folgt zu beantworten:

Zunächst darf ich einen Irrtum in der Einleitung der an mich  
gestellten Anfrage richtigstellen: Das Studienbeihilfengesetz wurde durch  
das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1966, BGBl. Nr. 19/1967, novelliert.

Dringende legislative Arbeiten - insbesondere die Studien-  
ordnungen für die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien-  
richtungen - machten es unmöglich, daß der Durchführungserlaß zu einem  
früheren Termin erlassen werden konnte.

Diesem Erlaß sind jedoch eine Reihe von Maßnahmen vorangegangen,  
die eine klaglose Abwicklung an den Hochschulen gewährleisten haben:

- 1) Das BGBl. Nr. 19/1967 ist den Studienbeihilfenkommissionen am Tag der  
Verlautbarung in ausreichender Anzahl zugestellt worden.
- 2) An demselben Tag sind den Studienbeihilfenkommissionen Berechnungs-  
formblätter für die Bestimmung des erhöhten Anspruches ausgeliefert  
worden; desgleichen ein Merkblatt, in dem die Studierenden individuell  
über ihre neuen Pflichten in Kenntnis gesetzt werden.
- 3) Die Sachbearbeiter an den großen Hochschulen sind schon vor Verlaut-  
barung der Novelle informiert worden, und es ist die rasche Durchführung  
mit ihnen besprochen worden.

Tatsächlich sind die rückwirkenden Begünstigungen auch klaglos  
und reibungslos durchgeführt worden.

-.-.-.-.-.-